

**K-1 B Zweigeschlechtlichkeit überwinden, Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigung für trans\*, inter\* und nicht-binäre Personen**

Gremium: Bundesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 02.11.2019  
Tagesordnungspunkt: K – Feministische Kämpfe

**Antragstext**

1 Das Bundesfamilienministerium stellte in einer offiziellen Untersuchung fest,  
2 dass 3,3 % aller Menschen in Deutschland ein von ihrem Registerdaten-Geschlecht  
3 abweichendes soziales Geschlecht haben. 0,2 bis 2 % aller Menschen haben keine  
4 Übereinstimmung des augenfälligen Geschlechts mit dem erlebten Geschlecht. Im  
5 Rahmen medizinischer Normierung werden heute 49 unterschiedliche Formen  
6 körperlicher Entwicklungen diagnostiziert, die mit Intersexualität angesprochen  
7 werden. Zwischen 8.000 und 120.000 Menschen in Deutschland werden als  
8 intersexuell angesehen.

9 Demnach ist davon auszugehen, dass mehrere hunderttausend Menschen in  
10 Deutschland sich nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen  
11 geschlechtlichen Definition von „Mann“ bzw. „Frau“ identifizieren oder  
12 biologisch nicht eindeutig einer medizinischen „Normkategorie“ von „männlich“  
13 oder „weiblich“ zugeordnet werden können. Immer mehr Menschen sagen mittlerweile  
14 von sich, dass sie sich weder als „männlich“ noch „weiblich“ identifizieren und  
15 geben stattdessen eine selbstgewählte Bezeichnung für ihre nicht-binäre  
16 Identität an. Noch heute erfahren viele Betroffene Ausgrenzung, Diskriminierung  
17 und schlimmstenfalls Gewalt.

18 Für uns ist klar: Das muss sich ändern.

19 **Trans\*, inter\* and non-binary lives matter!**

20 2.982 Morde an trans\* und geschlechtsdiversen Personen sind zwischen 2008 und  
21 2018 weltweit gemeldet worden, zwei dieser Fälle ereigneten sich in Deutschland.  
22 Laut Verbänden und Polizeistatistiken finden hierzulande jedes Jahr  
23 schätzungsweise hunderte gewaltvolle Übergriffe auf trans\*, inter und nicht-  
24 binäre Personen statt. Statistiken berichten ebenfalls von erhöhter  
25 Arbeitslosigkeit sowie Suizidraten, insbesondere unter Jugendlichen.  
26 Geschlechtszuweisende, kosmetische Operationen an inter\* Kindern, die  
27 medizinisch nicht notwendig sind, wurden in verschiedensten Stellungnahmen zwar

28 als Verstoß gegen das Menschenrecht und die körperliche Unversehrtheit gewertet,  
29 aber werden weiterhin in Deutschland praktiziert, obwohl die Folgen für  
30 Betroffene irreversibel und oftmals im späteren Leben traumatisierend sind.  
31 Problematisch ist das nicht nur, weil die Kinder oft zu jung sind, um überhaupt  
32 selbst eine Zu- oder Ablehnung zu einer Operation zu äußern, sondern auch, weil  
33 viele Eltern später angeben, schlecht beraten oder von Mediziner\*innen unter  
34 Druck gesetzt worden zu sein. Medizinisch nicht notwendige genitalverändernde  
35 Operationen an Kindern müssen endlich der Vergangenheit angehören.

36 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

### 37 **Geschlechtliche Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung!**

38 Das deutsche Staatswesen ist geprägt von Zweigeschlechtlichkeit. Erst das  
39 Transsexuellengesetz von 1981 und die Einführung des dritten Geschlechtseintrags  
40 „divers“, der infolge des Urteils von 2017 des Bundesverfassungsgerichts  
41 geschaffen wurde, rüttelten an dieser Tradition. Doch das Transsexuellengesetz  
42 von 1981 findet heute nur noch in einer eingeschränkten Version Anwendung, da  
43 auch hier das Bundesverfassungsgericht 2011 Teile des Gesetzes für  
44 verfassungswidrig erklärte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren trans\* Personen, die  
45 eine Personenstandsänderung (Änderung des Geschlechtseintrags) anstrebten  
46 gesetzlich dazu gezwungen, sich einer „dauernd fortpflanzungsunfähig“ machenden  
47 Operation, also einer Zwangssterilisation zu unterziehen. Der UN-  
48 Menschenrechtsrat sprach sich daher bei der letzten Überprüfung der  
49 Menschenrechtslage in Deutschland dafür aus, einen „Entschädigungsfonds für  
50 Personen einzurichten, die sich für eine Anerkennung ihres Geschlechts zwischen  
51 1981 und 2011 zwangsweise sterilisieren lassen mussten oder nicht gewollte  
52 geschlechtsangleichende Behandlungen erfahren haben“. Doch CDU/CSU und SPD in  
53 der Bundesregierung lehnten diesen Entschädigungsfonds ab. Auch wenn  
54 Zwangssterilisationen heute keine Anwendung mehr finden, klagen Betroffene über  
55 die noch immer bleibenden langwierigen gerichtlichen Prozesse, deren Kosten sie  
56 selbst tragen müssen, sowie die im Rahmen der Vornamens- und  
57 Personenstandsänderung (VÄ/PÄ) einzuholenden psychiatrischen Gutachten. Diese  
58 Zwangsbegutachtung verstößt unserer Auffassung nach massiv gegen die  
59 geschlechtliche Selbstbestimmung. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes  
60 spricht sich für die Abschaffung der Begutachtung und des gerichtlichen  
61 Verfahrens aus, da dieses die Betroffenen psychisch belastet und im Widerspruch  
62 zum Selbstbestimmungsrecht von trans\* Personen steht.

63 Viele Länder (z. B. Malta, Portugal, Dänemark, Irland) haben mittlerweile  
64 fortschrittlichere Regelungen eingeführt, bei denen die Änderung von Namen und  
65 Geschlechtseintrag selbstbestimmt durch einen Antrag bei einer Behörde wie bspw.  
66 dem Standesamt erfolgt. Der im Frühjahr von der Bundesregierung vorgelegte  
67 Reformvorschlag wurde einer lang geforderten fortschrittlicheren Regelung nicht  
68 nur nicht gerecht, sondern schlug die Einführung weiterer Hürden wie der  
69

Befragung der Ehepartner\*innen vor.

70 Auch die Einführung des § 45b PStG in diesem Jahr muss in der jetzigen  
71 Ausgestaltung kritisch gesehen werden. Zwar gibt es nun in Deutschland eine sog.  
72 „Dritte Option“ beim Geschlechtseintrag, die nach Vorlage eines ärztlichen  
73 Attestes über „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ beim Standesamt beantragt  
74 werden kann, doch so steht dieser Weg nicht allen Betroffenen offen. Wir wollen  
75 uns für eine bürokratiearme Lösung einsetzen, die ohne Pathologisierung auskommt  
76 und allen Betroffenen offen steht.

77 Für uns ist klar: Alle Menschen haben das Recht auf geschlechtliche  
78 Selbstbestimmung.

79 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 80 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option den Geschlechtseintrag  
81 leer zu lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt  
82 und nicht nur inter\* Personen, sondern auch z. B. nicht-binären Menschen  
83 offensteht. Perspektivisch setzen wir uns für ein Personenstandsrecht ein,  
84 das ohne die Kategorie Geschlecht auskommt. Die Sichtbarmachung und  
85 Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bleibt dabei  
86 weiterhin eines unserer erklärten Grundziele.
  
- 87 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
  
- 88 • Eine auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung  
89 (VÄ/PÄ), die als kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
  
- 90 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen
  
- 91 • Die sozialrechtliche Absicherung trans\*-spezifischer Gesundheitsversorgung
  
- 92 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen  
93 „Sexualmündigkeit“), perspektivisch ab der Geburt
  
- 94 • Zertifizierte Beratungsstellen

- 95 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in  
96 Gesetzestexten und Dokumenten
  
- 97 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechts-  
98 bzw. genitalverändernden Operationen an nicht zustimmungsfähigen Kindern  
99 (wie sie bspw. häufig an inter\* Kindern erfolgen)
  
- 100 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans\* Personen in  
101 Deutschland
  
- 102 • Eine angemessene Entschädigung für trans\* und inter\* Personen, deren  
103 Menschenrechte verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
  
- 104 • Aufklärungs- und Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen,  
105 ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans\*, inter\*  
106 und nicht-binären Kindern und Jugendlichen sowie ein institutioneller  
107 Leitfaden für den respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg\*innen und  
108 Angestellten
  
- 109 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
  
- 110 • Die Unterstützung und Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung  
111 spezifischer trans\*, inter\* und nicht-binärer Beratung
  
- 112 • Die Stärkung von trans\*, inter\* und nicht-binären Perspektiven in  
113 Wissenschaft und Forschung, insbesondere der Medizin und der  
114 Rechtswissenschaft

## **Begründung**

erfolgt mündlich